

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

83. Sitzung

Berlin, Freitag, den 12. Dezember 2003

Inhalt:

Benennung des Abgeordneten Dr. Guido Westerwelle als ordentliches Mitglied des Vermittlungsausschusses	7283 A	Dr. Heinrich L. Kolb FDP	7289 C
Benennung des Abgeordneten Franz Müntefering als stellvertretendes Mitglied des Vermittlungsausschusses	7283 B	Erika Lotz SPD	7290 D
Gratulation zum heutigen 60. Geburtstag der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Renate Schmidt	7287 C	Wolfgang Zöllner CDU/CSU	7292 C
Tagesordnungspunkt 14:		Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin BMF	7293 D
a) Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeitsgesetz) (Drucksache 15/2149)	7283 B	Dr. Andreas Pinkwart FDP	7295 B
b) Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz – AltEinkG) (Drucksache 15/2150)	7283 B	Dr. Gesine Löttsch fraktionslos	7296 A
Ulla Schmidt, Bundesministerin BMGS	7283 D	Gerald Weiß (Groß-Gerau) CDU/CSU	7296 D
Andreas Storm CDU/CSU	7285 C	Horst Schild SPD	7298 A
Peter Dreßen SPD	7286 B	Klaus-Peter Flosbach CDU/CSU	7299 D
Birgitt Bender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7287 C	Tagesordnungspunkt 15:	
		a) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: Zukunftsorientierte und effiziente Gestaltung der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (Drucksache 15/818)	7302 A
		b) Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gemäß § 56 a der Geschäftsordnung: Technikfolgenabschätzung; hier: Monitoring – „Möglichkeiten geothermischer Stromerzeugung in Deutschland“ (Drucksache 15/1835)	7302 A
		Dr. Rolf Bietmann CDU/CSU	7302 B
		Dr. Hermann Scheer SPD	7304 B
		Angelika Brunkhorst FDP	7306 C

Margareta Wolf, Parl. Staatssekretärin BMU	7308 A
Franz Obermeier CDU/CSU	7309 A
Marco Bülow SPD	7310 D
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) CDU/CSU	7312 D
Hans-Josef Fell BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	7313 D

Tagesordnungspunkt 16:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Reform des Geschmacksmusterrechts (Geschmacksmusterreformgesetz) (Drucksachen 15/1075, 15/2191)	7315 B
Alfred Hartenbach, Parl. Staatssekretär BMJ	7315 B
Dr. Günter Krings CDU/CSU	7316 C
Jerzy Montag BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	7319 A
Rainer Funke FDP	7319 D
Dirk Manzewski SPD	7320 C

Tagesordnungspunkt 17:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu dem Antrag der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: Stärkung der dualen Berufsausbildung in Deutschland durch Novellierung des Berufsbildungsrechts (Drucksachen 15/1348, 15/1957)	7322 B
Christoph Matschie, Parl. Staatssekretär BMBF	7322 C
Werner Lensing CDU/CSU	7324 A
Grietje Bettin BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	7325 B
Christoph Hartmann (Homburg) FDP	7326 B
Klaus Barthel (Starnberg) SPD	7327 C
Uwe Schummer CDU/CSU	7329 B
Willi Brase SPD	7330 D
Petra Pau fraktionslos	7332 A
Marion Seib CDU/CSU	7332 D

Tagesordnungspunkt 18:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Abgeordneten Johannes Kahrs, Eckhardt Barthel (Berlin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen (Drucksachen 15/1320, 15/2101)	7334 B
Dr. Christina Weiss, Staatsministerin BK ...	7334 C
Vera Lengsfeld CDU/CSU	7335 C
Eckhardt Barthel (Berlin) SPD	7336 C
Volker Beck (Köln) BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	7338 A
Hans-Joachim Otto (Frankfurt) FDP	7339 C
Johannes Kahrs SPD	7340 C
Vera Lengsfeld CDU/CSU	7341 C
Günter Nooke CDU/CSU	7342 C
Volker Beck (Köln) BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	7343 B

Tagesordnungspunkt 19:

Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Rainer Funke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Schutz vor illegalen und jugendgefährdenden Internetinhalten – Filtern statt Sperren (Drucksache 15/1009)	7344 D
Hans-Joachim Otto (Frankfurt) FDP	7345 A
Nächste Sitzung	7346 C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten	7347 A
---	--------

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung über den Antrag: Schutz vor illegalen und jugendgefährdenden Internetinhalten – Filtern statt Sperren (Tagesordnungspunkt 19)	7347 D
Sabine Bätzing SPD	7347 D
Antje Blumenthal CDU/CSU	7350 A
Grietje Bettin BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	7352 A

Marion Seib

- (A) in der dualen Berufsausbildung muss Schluss sein. Wir brauchen mehr tüchtige Handwerker und Facharbeiter und weniger Nischenausbildung, die oft schon im ersten Lehrjahr beginnt und bei Brancheneinbrüchen zu früher Arbeitslosigkeit führt. Vor allem aber sollten künftig alle beruflich erworbenen Zertifikate, Abschlussprüfungen und Weiterbildungsprüfungen in einem einheitlichen Berufsbildungspass dokumentiert werden, der selbstverständlich auf freiwilliger Basis geführt werden sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der rot-grünen Koalition, dies ist der richtige Weg, um die Ausbildungsbereitschaft und vor allem die Ausbildungskraft der Betriebe zu stärken. Es gilt, Anreize zu schaffen und nicht abzustrafen. Verspielen Sie bitte nicht länger die Chancen der jungen Generation. Werden Sie endlich tätig!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung auf Drucksache 15/1957 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Stärkung der dualen Berufsausbildung in Deutschland durch Novellierung des Berufsbildungsrechts“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/1348 abzulehnen.

- (B) (Manfred Grund [CDU/CSU]: Unverständlich! – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe alles verstanden!)

– Ich gehe einmal davon aus, dass alle für wichtig gehaltenen Anmerkungen zur Sache in der Debatte vorgetragen worden sind und dass wir nun tatsächlich zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung kommen können. – Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Die Beschlussempfehlung ist mit der Mehrheit der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Johannes Kahrs, Eckhardt Barthel (Berlin), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Claudia Roth (Augsburg), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen

– Drucksachen 15/1320, 15/2101 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckhardt Barthel (Berlin)

Vera Lengsfeld
Claudia Roth (Augsburg)
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

(C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile das Wort zunächst der Staatsministerin für Kultur und Medien, Christina Weiss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christina Weiss, Staatsministerin beim Bundeskanzler:

Herr Präsident, Sie erlauben, dass ich dem Kollegen Volker Beck zum Geburtstag gratuliere.

(Beifall – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wie sich das trifft heute!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Blau unterlegt und unübersehbar weist das Straßenschild den Weg; „Homo-monument“ steht darauf geschrieben, ganz einfach und locker, als hätte Volkes Hand den Stift geführt. Dieser Richtungsanzeiger führt nicht – leider noch nicht – an den südöstlichen Rand des Großen Tiergartens, sondern an den Amsterdamer Westermarkt. Schon seit 1987 wird dort, an der Keizersgracht, der ermordeten Homosexuellen gedacht, übrigens mit einer Inschrift, die sehr berührt: „Solch eine maßlose Sehnsucht nach Freundschaft“. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(D)

Weit sichtbar sind die großen, dreieckigen Marmorplatten, die das Mahnmal bilden. Wie aufgebrochene Eisschollen ragen Sie hervor, schimmern rosa und zwingen zum Innehalten. Es war das erste Denkmal überhaupt, das an die Demütigung, die Verfolgung und die Ermordung jener Menschen erinnert, die im Dritten Reich mit dem rosa Winkel stigmatisiert wurden. Das „Homo-monument“ erinnert würdig. Es rüttelt aber auch auf, wachsam zu sein. Es rüttelt auf, Ausgrenzungen zu ächten und jeglicher Form von Diskriminierung im Alltag zu begegnen.

Auch wir in Deutschland brauchen dieses Wachhalten und ein gutes Maß an Aufrütteln. Zwar wird in den ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald, Dachau oder Sachsenhausen längst auch über die Qualen der homosexuellen Insassen berichtet; ein sichtbares Zeichen der Trauer um diese geschundenen Seelen an prominenter Stelle fehlt jedoch bislang. Aus diesem Grunde sollten wir uns ein Beispiel an Amsterdam nehmen. Ich gestehe allerdings auch, dass ich nicht sicher bin, ob deutsche Behörden wirklich den Mut hätten, „Homo-monument“ auf ein Straßenschild zu schreiben.

Ich bin froh, dass sich der Deutsche Bundestag dieses **Denkortes** heute erneut annimmt. Wir debattieren darüber spät. Dieses Thema ist in den Geschichtsdebatten leider lange verschämt verschwiegen oder verdrängt worden. Wir brauchten in Deutschland erst eine Bewegung der Emanzipation und der Selbstbehauptung, die es

Staatsministerin Dr. Christina Weiss

- (A) möglich machte, diese Lebensform zu respektieren, sie gleichzustellen, sie als das zu behandeln, was sie nach Klaus Mann ist, nämlich „nicht besser, nicht schlechter, mit ebenso viel Möglichkeiten zum Großartigen, Rührenden, Melancholischen, Grotesken, Schönen oder Trivialen wie die Liebe zwischen Mann und Frau“. Das war ein jahrelanger Kampf. Diese Bundesregierung hat endlich Ernst damit gemacht, homosexuelle Bürgerinnen und Bürger als Teil der Gesellschaft zu begreifen und sie zu integrieren – mit Pflichten, aber auch mit lange verweigeren Rechten.

Wenn wir von Aufrichtigkeit im Umgang sprechen, dann gilt das in besonderer Weise auch für die Vergangenheit. Wer die Tagebücher homosexueller Häftlinge liest, wer Schicksale kennt, der ahnt, welches Grauen sie in den Konzentrationslagern erlebten, welche Sonderstellung sie einnehmen mussten und wie tief unten in der Häftlingshierarchie sie rangierten. Werner Koch, ein politischer Häftling im KZ Sachsenhausen, schreibt:

Noch verachteter und isolierter als die Asozialen freilich sind die Homosexuellen, die einen rosa Winkel tragen.

Die so genannten 175er erlebten Erniedrigungen, schlimme Folter, schauerlichste Torturen und waren der sadistischen Willkür des Lagerpersonals besonders schutzlos ausgeliefert. Von der Vernichtung durch Arbeit will ich gar nicht reden. Es schien einigen Häftlingen erstrebenswerter – so habe ich gelesen –, lebenslang in einem Gefängnis zu sitzen, als im Konzentrationslager entwürdigt zu werden.

- (B) Es ist überfällig, dass in der Mitte der deutschen Hauptstadt auch der ermordeten Homosexuellen gedacht wird.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Hier, wo die Täter ihr Handwerk versahen, ließ Heinrich Himmler 1936 eine Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung einrichten, hier gab es Razzien und Verhaftungen, nicht zu vergessen Denunziationen in großem Stil. Wer kritisiert, in der deutschen Hauptstadt entstehe mit dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas und dem Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma eine Gedenkmeile, der verkennt, in welchem Ausmaß gerade die Minderheiten von den systematischen Verbrechen der Nationalsozialisten betroffen waren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Es soll nicht verschwiegen sein, dass der Terror gegenüber den Homosexuellen auch ein Terror gegenüber unserer Kultur war. Wir wollen und wir werden dieser Opfergruppe gedenken, weil nicht verschwiegen werden darf, welchen Preis zu zahlen hatte, wer seine sexuelle Orientierung offenbarte. Trotz aller Aufklärungsarbeit in unseren Gedenkstätten ist der Platz, den die verfolgten und ermordeten Homosexuellen im kollektiven Gedächtnis einnehmen, noch nicht sehr gefestigt. Da bleibt noch viel zu tun.

- (C) Es wäre zu begrüßen, wenn dieses Denkmal ein Anstoß dazu sein könnte, in der Mitte der Gesellschaft nach minderheitenfeindlichen Ressentiments zu forschen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Vorurteile, die lange, sehr lange gehegt wurden, immer noch widerspruchslös hingenommen werden.

Es ist an der Zeit, dass wir das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Homosexuellen bauen. Ich begrüße sehr, dass das Land Berlin dafür ein Grundstück am Rande des Tiergartens bereitstellt. Wir werden einen künstlerischen Wettbewerb initiieren und kommen somit der Initiative „Der homosexuellen NS-Opfer gedenken“ entgegen. Die Errichtung des Denkmals wird aus meinem Etat mit 500 000 Euro unterstützt. Ich hoffe sehr, dass wir zügig mit dem Wettbewerb beginnen können. Es ist höchste Zeit, dass wir einen Ort der Selbstvergewisserung schaffen. Unterstützen Sie uns dabei!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Kollegin Vera Lengsfeld, CDU/CSU-Fraktion.

Vera Lengsfeld (CDU/CSU):

- (D) Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die CDU/CSU-Fraktion lehnt den vorliegenden Antrag der SPD und der Grünen, ein Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen zu errichten, ab. Es gibt dafür mehrere Gründe.

Der für mich persönlich gewichtigste Grund ist, dass es in und um Berlin herum zahlreiche Gedenkstätten für die Opfer der NS-Diktatur gibt. Alle diese Gedenkstätten leiden unter einem nicht gerade kleiner werdenden Mangel an finanziellen Mitteln. Wer zum Beispiel, beeindruckt durch den Film „Rosenstraße“, heute den Ort des damaligen Geschehens aufsucht, sieht sich einem reichlich vergammelten und vernachlässigten Ort gegenüber. Das ist nun wahrlich nicht der einzige Ort, der aus Mangel an Mitteln nicht entsprechend seiner Bedeutung gepflegt wird. Es ist schon deshalb nicht einsehbar, dass man, statt die vorhandenen authentischen Stätten zu pflegen, sich ein weiteres Denkmal auf die grüne Wiese setzt. Unsere politische Aufgabe sollte es sein, die authentischen Stätten, die an das Grauen der Nazizeit erinnern, zu erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen auch die Institutionen der Dokumentation und der Forschung, deren es zahlreiche in Deutschland gibt, fördern. Wir haben die ehemaligen Konzentrationslager, wir haben die Stiftung „Topographie des Terrors“ mit einem teuren Neubau auf einem großen Gelände.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]:
Das ist der Ort der Täter!)

Vera Lengsfeld

- (A) Wir haben das Deutsche Historische Museum. Bevor wir über weitere einzelne, zentrale Denkmale reden, brauchen wir eine Gesamtkonzeption, die zeigt, wohin wir am Ende wollen.

(Jörg Tauss [SPD]: Klarer Beschluss!)

Statt dieser Gesamtkonzeption gibt es jetzt lauter Einzelanträge.

Es geht doch um Begreifen der und Nachdenken über die Geschichte, es geht auch um Bildung von demokratischen Grundhaltungen und es geht um nicht mehr und nicht weniger als das geschichtspolitische Selbstverständnis Deutschlands. Ein neues zentrales Mahn- oder Denkmal für eine einzige ausgewählte Opfergruppe scheint uns dieser komplizierten Aufgabe nicht gerecht zu werden.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wurden aber als Opfer auch ausgewählt!)

Wir halten ein Denkmal für homosexuelle NS-Opfer auch deshalb für verzichtbar, weil bereits in der Neuen Wache ihrer gedacht wird und es im Tiergarten, wo ja das neue Denkmal platziert werden soll, das Magnus-Hirschfeld-Denkmal gibt. Es gibt eine Gedenktafel am Berliner U-Bahnhof Nollendorfplatz und es gibt – Frau Staatsministerin hat ja dankenswerterweise darauf hingewiesen – in zahlreichen KZ-Gedenkstätten Hinweise und Ehrungen für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus.

- (B) Meine Damen und Herren, erinnern wir uns an die Debatte in der letzten Legislaturperiode: Da hätte sich uns die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen des zentralen Mahnmals für die jüdischen Opfer des Holocaust aller Opfer zu gedenken. Wir haben in der damaligen Denkmaldebatte darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, die einzelnen Opfergruppen zu separieren,

(Jörg Tauss [SPD]: Wir wollten es ausdrücklich nicht!)

und mögliche Ansprüche anderer Opfergruppen auf ein zentrales Denkmal zurückgewiesen. Es gibt keinen Grund, heute von dieser Entscheidung abzurücken.

(Jörg Tauss [SPD]: Das haben wir damals nicht zurückgewiesen, sondern zugesagt! Das ist ein Unterschied!)

– Ach, Herr Tauss, wenigstens bei solch einer Debatte sollten Sie diese Zwischenrufe unterlassen.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber es stimmt! – Dr. Uwe Küster [SPD]: Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis, Frau Lengsfeld!)

Es geht um Erinnerung in einer offenen demokratischen Gesellschaft. Diese lässt sich nicht verordnen, nicht vom Zeitgeist, nicht vom Parlament und auch nicht von Bürgerinitiativen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Lengsfeld, der Kollege Barthel würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Vera Lengsfeld (CDU/CSU):
Bitte.

(C)

Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD):

Frau Kollegin, nachdem Sie den Beschluss zum Holocaust-Mahnmal eben erwähnt haben, möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass in diesem Beschluss steht, dass wir uns auch verpflichten, „der anderen Opfer ... würdig zu gedenken“, und wir das trotz des Wissens, dass es am Nollendorfplatz das von Ihnen erwähnte Schild und auch anderswo Hinweise gibt, hineingeschrieben haben. Fühlen Sie sich diesem Beschluss des Deutschen Bundestages weiterhin verpflichtet oder nicht?

Vera Lengsfeld (CDU/CSU):

Aber sicher fühle ich mich diesem Beschluss verpflichtet. Deshalb habe ich ja auch diese Gesamtkonzeption angemahnt und gemeint, dass es gerade nicht im Sinne dieses Beschlusses ist, wenn jetzt, ohne über eine Gesamtkonzeption debattiert zu haben, die Errichtung einzelner Denkmale beschlossen wird.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist ein Widerspruch in sich!)

– Nein.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Eine theoriearme Leistung!)

In Anbetracht dessen, was schon vorhanden ist, frage ich, welchen Sinn ein weiteres, zusätzliches Mahnmal nur für die homosexuellen Opfer haben soll.

(D)

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hätten Sie der Frau Ministerin doch einmal zugehört!)

Angenommen, wir würden uns einem Kollektiv Tätervolk – Singular! – zugehörig fühlen, dann hätten wir kein moralisches Recht, ein Denkmal für die Opfer zu setzen. Ich erinnere daran, dass dieser Punkt Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen im Rahmen der Mahnmaldebatte in der letzten Legislaturperiode war. Diese Diskussion ist keineswegs obsolet.

Auch wenn – wie jüngst bekundet wurde – niemals jemand den Vorwurf des Tätervolkes erhoben haben will,

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Begriff Tätervolk ist Unsinn!)

als hätte es die ganze Goldhagen-Debatte nicht gegeben, ist dieser Punkt nach wie vor zu berücksichtigen. Wenn aber eine Mahnung an die nachgeborenen Deutschen beabsichtigt ist, die keine Täter sind, so kann das nur – da sind wir uns hoffentlich einig – eine Mahnung vor den Folgen totalitärer Ideologie und Politik und eine Mahnung vor der sittlichen Verwahrlosung sein, die immer mit totalitären Ideologien einhergeht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber gerade dann ist eine **Separierung und Hierarchisierung der Opfer** entsprechend der NS-Diskriminierung überhaupt nicht zielführend, sondern eher

Vera Lengsfeld

- (A) kontraproduktiv. Ich verstehe die singuläre Stellung, die die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in unserem nationalen Erinnern einnehmen. Aber eine weitere Einteilung nach Opfergruppen verstehe ich nicht. Frau Staatsministerin Weiss, was Sie über die Leiden der Homosexuellen in den Konzentrationslagern gerade richtig ausgeführt haben, traf ganz genauso auf alle anderen Opfergruppen, die sich in den Konzentrationslagern befanden, zu.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

Gerade wenn wir bei unserer Entscheidung auch an die Wirkung denken wollen, dann wünsche ich mir, dass in diesem Hohen Hause mehr darüber nachgedacht wird, dass gut gemeint sehr oft das Gegenteil von gut ist. Wir als Parlamentarier können ein Vorbild demokratischer Haltung geben. Wir müssen das sogar tun, wenn wir unseren Auftrag ernst nehmen. Wir sollten das aber mit aller Vorsicht tun. Wir sollten uns immer der Wirkung dessen, was wir tun, bewusst sein. Wir können freiheitliche Gesetze erlassen. Wir sollten ein persönliches Bekenntnis als Demokraten ablegen. Wir können aber kein Oktroi über die Deutung der Geschichte beschließen und in der Mitte Berlins ein Mahnmal neben das andere setzen.

Ich möchte Ihnen in allem Ernst zu bedenken geben, dass in der Jugendszene das Wort Opfer heute das Wort ist, das denjenigen, den es treffen soll, am meisten beleidigt. Das sollte uns wirklich zum Nachdenken anregen.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Das verstehe ich nicht!)

- (B) – Das verstehen Sie nicht?

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Das ist zu intellektuell! Sagen Sie das einmal klarer!)

– Dann fragen Sie einmal die Jugendlichen bzw. Ihre Söhne und Töchter – Sie haben wahrscheinlich keine –, warum das so ist.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Sie sind so was von klug, Frau Lengsfeld! Erst lesen, dann reden!)

Das ist nicht zu philosophisch; bei den Jugendlichen schon gar nicht. Es ist eine elementare Reaktion auf eine verfehlt **Volkspädagogik** oder Sozialpädagogik. Das sollte man wirklich ernst nehmen.

Ich erinnere nur an die kürzlich entdeckten, bisher verschwiegenen NSDAP-Mitgliedschaften einiger prominenter Kulturikonen dieses Landes, die ihren mahnenden Zeigefinger immer ganz besonders weit oben hatten. Gerade das sollte doch klar gemacht haben, wie dünn das moralische Eis ist, auf dem die Nationalpädagogik daherkommt. Glauben Sie nicht, dass das besonders von unseren Jugendlichen durchschaut wird?

Es ist nichts so falsch wie die gern gebrauchte These, die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft habe sich mit ihrer Vergangenheit nicht genügend auseinander gesetzt. Die Verantwortung für die NS-Geschichte wurde in dieser Gesellschaft – ich präzisiere ausdrücklich: gerade in der Mitte dieser Gesellschaft – ohne Wenn und

Aber angenommen; in der Mitte der Gesellschaft klarer als an manchen Rändern. (C)

(Jörg Tauss [SPD]: Da habe ich andere Erfahrungen!)

Doch die Verbrechen des Dritten Reiches machen nicht die ganze Geschichte des deutschen Nationalstaates aus. Das einzigartige historische Skandalon war der braune Zivilisationsbruch, der totalitäre Abschied von unserer Tradition als große abendländische Kulturnation. Die braune Vergangenheit ist längst akzeptierte Gegenidentität zu der gelungenen deutschen Demokratie akzeptiert worden.

Aber warum soll unsere Geschichte allein im Schatten der nationalsozialistischen Vernichtungslager gesehen werden? Wenn wir über Denkmale für weitere Opfergruppen im Gefolge des Nationalsozialismus sprechen, ist zu fragen: Wann wird ein zentrales Mahnmal für die Opfer des terroristischen Bombenkrieges errichtet? Wann erhalten wir eine Gedenkstätte für die Millionen Opfer der Vertreibung? Wann gibt es eine Ehrenpension für die Opfer des SED-Staates?

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, Sie denken bitte an Ihre Zeit.

Vera Lengsfeld (CDU/CSU):

Ich sage noch einmal: Geschichte ist unteilbar.

Wir glauben an das freie und verantwortliche Individuum. Wir wissen um den Unterschied zwischen individueller und unabweisbarer politischer Schuld sowie der daraus erwachsenden Verantwortung. Aber wir werden uns das Vertrauen in die freiheitlichen Traditionen Deutschlands nicht nehmen lassen. Erinnerungskultur ist ein heikles Unterfangen. Stabile und freiheitliche Formen politischer Ordnung lassen sich nicht auf ein kollektives Schuld- oder Schandebewusstsein begründen. (D)

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Kommen Sie zu einem guten Ende! Tun Sie uns und sich diesen Gefallen!)

Wir brauchen deshalb, wie ich eingangs sagte, eine Debatte über eine Gesamtkonzeption, eine Debatte darüber, wohin wir mit unserer Erinnerungskultur kommen wollen. Wir brauchen aber keine weitere Separierung des Problems.

(Beifall bei der CDU/CSU – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein peinlicher Beitrag!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen, dem ich im Namen des Hohen Hauses zu seinem Geburtstag ähnlich herzlich gratulieren möchte, wie das bereits die Frau Staatsministerin im Namen der Bundesregierung getan hat.

(Beifall)

(A) **Volker Beck** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das freut mich sehr. Vielen Dank, Herr Präsident!

Meine Damen und Herren! Leider ist heute aber angesichts der Worte meiner Vorrednerin nicht nur ein erfreulicher Tag. Die Würde der Debatte verbietet es, mit der Schärfe, die diese Rede durchaus verdient hätte, zu reagieren. Ich will erläutern, warum wir es für dringend nötig halten, dass ein solches Denkmal gebaut wird.

Nach der gestrigen sehr würdigen und angemessenen Debatte zum Thema Antisemitismus hatte ich gedacht, dass heute vielleicht die Chance bestehen würde, das, was gestern über die Bedeutung von Erinnern und Gedenken für die Bekämpfung von Minderheitenfeindlichkeit und Antisemitismus gesagt wurde, gemeinsam in Taten umzusetzen. Aber ich glaube, unser Umgang mit dem Thema heute ist letztendlich ehrlicher; denn die Geschichte der Aufarbeitung der Verfolgung der Homosexuellen im Nationalsozialismus war immer sehr kontrovers.

(B) Lange Zeit ist von bundesdeutschen Organen wie dem Bundesverfassungsgericht bestritten worden, dass es überhaupt eine Verfolgung der Homosexuellen durch die Nationalsozialisten gab. Infolgedessen wurden die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus von der **Entschädigung** nach dem Bundesentschädigungsgesetz ausgeschlossen. Es dauerte bis zum Jahr 2000 – man will es kaum glauben –, bis sich der Deutsche Bundestag zu der Schuld, die deutsche Staatsorgane vor und auch nach dem Krieg – durch die Kontinuität der Strafverfolgung bis nach 1969 in der Bundesrepublik – mit ihrem Umgang mit den Homosexuellen auf sich geladen haben, bekannt und sich bei den homosexuellen Opfern entschuldigt hat. Es dauerte bis 2002, bis schließlich auch die während des Dritten Reiches unter den Nationalsozialisten erfolgten Verurteilungen aufgrund § 175 aufgehoben wurden. Es war die Unionsfraktion, die verhindert hat, dass dieser Beschluss zusammen mit dem NS-Unrechtsaufhebungsgesetz getroffen worden ist.

Insofern ist der Befund der heutigen Kontroverse ehrlicher; denn die Rehabilitierung, die Entschädigung und die Erinnerung an das Unrecht, das der deutsche Staat in der Zeit des Dritten Reiches den Homosexuellen zugefügt hat, wurde mühsam erkämpft.

Gerade deshalb kommt diesem Denkmal eine besondere Bedeutung zu, gerade deshalb haben sich die Initiative für das Denkmal und der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) seit Jahren engagiert, eine Mehrheit im Parlament für die Errichtung zu bekommen. Es geht darum, die spezifische Verfolgung der Homosexuellen, die so lange ignoriert wurde, dem Vergessen zu entreißen und mit einem Denkmal zu vergegenständlichen und somit Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Ihre Verfolgung ist oftmals in Vergessenheit geraten. Ein Grund dafür ist vielleicht, dass die Zahl der Opfer unter den Homosexuellen in keiner Weise mit der Zahl der verfolgten Juden und Sinti und Roma zu vergleichen ist. Trotzdem darf man nicht verkennen: Ziel nationalsozialistischer Homosexuellenpolitik war, die Homosexualität gleichsam auszureißen aus dem „deutschen Volkskör-

per“, wie man damals formuliert hat, und die Homosexualität zu vernichten. (C)

Das Leben mancher Homosexueller in der Kriegsphase wurde vielleicht dadurch gerettet, dass man einerseits Männer für den Kriegseinsatz brauchte und dass es andererseits unter den Gelehrten der **nationalsozialistischen Rassenideologie** einen Streit darüber gab, ob man die Homosexuellen durch Operation, Kastration, Hormonbehandlung oder durch Wegsperrungen von ihrer Homosexualität befreien könne oder ob das nur durch die Vernichtung allen homosexuellen Lebens ginge. 10 000 bis 15 000 Homosexuelle wurden in Konzentrationslager gebracht und es gab 50 000 Verurteilungen nach § 175 in der Zeit des Dritten Reiches.

Dass die Homosexuellenverfolgung zum Kernbestand nationalsozialistischer Ideologie und Vernichtungspolitik gehörte, kann man daran erkennen, dass im Dritten Reich im Jahr 1936 eine eigene **Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung** im Reichssicherheitshauptamt aufgebaut wurde, nachdem Jahre zuvor durch Runderlass von Himmler befohlen war, alle sich homosexuell Betätigende in Zentralkarteien zu erfassen, damit man sie jederzeit einsammeln und der Verhaftung oder Vernichtung zuführen konnte.

Dies in Erinnerung zu rufen ist nicht nur deshalb wichtig, damit unser Geschichtsbild komplett ist – auch dafür ist es natürlich wichtig –, sondern auch für die Zukunft. Es gibt viele Länder auf dieser Welt, in denen das Leben und die Freiheit von Homosexuellen heute noch gefährdet ist, in denen das Leben homosexueller Menschen nichts gilt. Dazu zählen die Länder im islamischen Raum wie Iran und Saudi-Arabien. Dort stehen die **Todesstrafe** oder **schwere Körperstrafen** auf homosexuelle Betätigung. Auch in vielen Ländern Lateinamerikas wird die Homosexualität unter Erwachsenen strafrechtlich verfolgt; damit werden die Existenzen dieser Menschen vernichtet. (D)

Es war ein schwieriger Prozess für uns, zu unserem heutigen Erkenntnisstand in der Homosexuellenfrage zu kommen. Gleichwohl sind wir heute noch weit von der Gleichberechtigung entfernt. Diesbezüglich sollte man fragen, ob es nicht eine Konsequenz aus der Geschichte wäre, diese endlich zu vollenden. Wir verlangen von anderen Ländern die Einhaltung der Menschenrechte auch bei homosexuellen Bürgerinnen und Bürger. Wir können nur glaubwürdig bleiben, wenn wir uns unserer eigenen Geschichte erinnern und diese vergegenständlichen.

Ich halte es für eine gelungene Lösung, gegenüber dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas ein kleineres und sicherlich bescheideneres, aber angemessenes Denkmal zu errichten, über das man stolpert. Wir erinnern damit an die Gräuelpphase, die einen Teil unserer Geschichte ausmacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der FDP sowie der Abg. Petra
Pau [fraktionslos])

Wir sollten berücksichtigen – ich fand Ihre geschichtliche Analyse, Frau Kollegin Lengsfeld, einfach neben der Sache –, dass die Homosexuellenfeindlichkeit wie

Volker Beck (Köln)

- (A) der Antisemitismus keine Frage der Diskontinuität ist, sie ist eine Frage der Kontinuitäten in der deutschen Geistesgeschichte vor 1933 und nach 1945.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Und leider nicht nur in der deutschen!)

– Leider nicht nur in der deutschen. Deshalb habe ich gerade die internationale Bedeutung eines solchen Denkmals angesprochen.

Sie können doch nicht wirklich ernsthaft behaupten, dass es reicht, am **U-Bahnhof Nollendorfplatz** eine Plakette von einem Quadratmeter zu haben, die an das Schicksal der Homosexuellen erinnert. Es war eine tolle Initiative einer Bürgerinitiative, dort einen Ort der Erinnerung in Berlin einzurichten, wo damals viele Homosexuelle gelebt haben und heute viele Einrichtungen für Homosexuelle zu finden sind. Das ist aber doch kein Ersatz für ein nationales Denkmal, mit dem wir uns zur Schuld bekennen, mit dem wir Nein zur Verfolgung und Ja zu den Menschenrechten der Homosexuellen sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

An Ihrer Rede hat man gemerkt, dass Sie sich mit Ihrem Nein zu diesem Denkmal bloß hinter der Idee einer Gesamtkonzeption verstecken wollen. Wir haben bei dem Beschluss für das **Denkmal für die ermordeten Juden Europas** gesagt: Wir wollen nicht aller Opfer des Nationalsozialismus gleichzeitig gedenken, weil hinter dem Begriff „alle Opfer des Nationalsozialismus“ das jeweilige Verfolgungsschicksal und auch der jeweilige ideologische Hintergrund, der zu der Verfolgung geführt hat, verdeckt werden. Deshalb war ich damals sehr dafür, erst einmal ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu errichten; denn der Antisemitismus war das treibende Element der nationalsozialistischen Ideologie. Er hat alle vielgestaltigen Anhänger dieses Regimes zusammengehalten. Er hat den Vernichtungswillen geprägt, dem dann auch andere Gruppen zum Opfer gefallen sind.

- (B)

Es gehört sich aber, dass wir jeder Opfergruppe in ihrer eigenen Art gedenken. Ich glaube, es hat Gründe, dass sich hier gerade die Sinti und Roma sowie die Homosexuellen dafür engagiert haben, dass neben dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas ihrer Opfergruppen gedacht wird; denn ihre Situation ist in dieser Gesellschaft und in vielen anderen Ländern immer noch prekär. Deshalb ist dieses Denkmal hochaktuell und hat keine museale Aufgabe. Es setzt vielmehr ein großes Ausrufezeichen hinter die Forderung nach Menschenrechten und gleichen Rechten auch für diese gesellschaftliche Gruppe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile dem Kollegen Hans-Joachim Otto, FDP-Fraktion, das Wort.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

(C)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich möchte in der gebotenen Kürze zunächst einmal sagen: Selbstverständlich gibt es aufgrund des Beschlusses aus dem Jahre 1999, den ich damals wie heute aus vollem Herzen unterstütze, eine gewisse Selbstverpflichtung des gesamten Hauses. Wir haben damals gesagt: Die Bundesrepublik Deutschland bleibt verpflichtet, der anderen Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken.

Es ist aber nicht nur diese Selbstverpflichtung, die uns freie Demokraten veranlasst, für diesen Antrag zu stimmen, sondern es ist auch die Überzeugung von der Notwendigkeit und der Überfälligkeit dieses Denkmals.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei denken wir nicht nur an das, was der Kollege Beck eben anschaulich geschildert hat, also an die Vergangenheit, an das, was den Homosexuellen im Dritten Reich angetan wurde. Wir haben immer auch ein wachsameres Auge auf die Gegenwart und die Zukunft.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass es auch heute noch latent und manchmal sogar offen Vorurteile, Behinderungen und Nachteile für Homosexuelle gibt. Gerade vor diesem Hintergrund ist das Denkmal eine Selbstvergewisserung dessen, was in der Vergangenheit passiert ist, und weist insoweit in die Vergangenheit. Aber wie jede Gedenkstätte hat es natürlich – das ist mir besonders wichtig – auch eine Stoßrichtung in die Gegenwart und in die Zukunft. Wir wollen, dass jegliche Form der **Benachteiligung und Diffamierung** von sexuell anders Orientierten, von anderen Rassen oder anderen Religionen unterbleibt. Ein sehr wichtiger Mosaikstein ist in diesem Zusammenhang, dass wir der homosexuellen Opfer des Dritten Reiches in dieser Form würdig gedenken.

(D)

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Lengsfeld, es liegt mir sehr daran, mich auch mit Ihren Argumenten auseinander zu setzen, denn ich finde, dass auch ein Austausch der Argumente zur Selbstvergewisserung beiträgt. Ich bekomme in der Auseinandersetzung mit Ihrem Vortrag durchaus zusätzliche Argumente für das, was wir fordern. Zu Ihrer Warnung vor einer Separierung und Hierarchisierung der Opfergruppen sage ich: Wir haben in dem Beschluss aus dem Jahre 1999 sehr bewusst – ich erinnere mich, dass auch Sie damals dabei waren – gesagt: Man hätte das auch anders entscheiden können. Salomon Korn hat beispielsweise gesagt: Wir wollen ein einheitliches Mahnmal für alle Opfergruppen. Kollege Beck hat darauf hingewiesen, dass wir mit Mehrheit unsere Überzeugung kundgetan haben, die individuellen Schicksale auch individuell zu behandeln. Die Worte Separierung und Hierarchisierung sehe ich als diffamierend an. Wir gedenken den einzelnen Opfergruppen in der ihnen jeweils würdigen Weise und wollen **keine Gleichsetzung der Opfergruppen**. Das war die Entscheidung,

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

- (A) die wir 1999 getroffen haben. Ich finde, sie ist auch heute noch richtig.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihrem Argument hinsichtlich des Gesamtkonzepts, liebe Frau Kollegin Lengsfeld, sage ich: Wir als Kuratoriumsmitglieder haben einen Beirat beauftragt, für das Holocaust-Mahnmal ein **Gesamtkonzept** zu entwickeln. Im Grunde wurde auch ein Gesamtkonzept entwickelt. Ein Bestandteil gerade dieses Gesamtkonzeptes ist es, für die Homosexuellen ein Denkmal zu errichten. Wir befinden uns in voller Übereinstimmung mit den Wissenschaftlern, denen wir diesen Auftrag erteilt haben.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]:
Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Folgendes sagen: Nachdem 58 Jahre ins Land gegangen sind, ist es allerhöchste Zeit und überfällig, dass wir einer Opfergruppe wie dieser, die wirklich schweres Leid erlitten hat, in würdiger Weise gedenken. Ich denke, es ist eher zu spät als zu früh, dies zu tun. An dieser Stelle möchte ich ganz klar sagen: Es gibt noch eine weitere Opfergruppe, nämlich die der **Sinti und Roma**, der wir in würdiger Weise gedenken müssen. Auch das muss jetzt langsam einmal auf den Weg gebracht werden.

Abschließend möchte ich an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, obwohl wir ihrem Antrag zustimmen, noch einige Bemerkungen machen: Ich hätte es für überzeugender gehalten und als kraftvoller empfunden, wenn Sie diesen Antrag nicht als einen Antrag von Rot-Grün eingebracht hätten, sondern wenn Sie uns von vornherein, auch bei der Formulierung des Antrags, einbezogen hätten.

- (B)

(Beifall des Abg. Günter Nooke [CDU/CSU])

Wenn Sie dies getan hätten, hätten Sie meines Erachtens einen Fehler bzw. eine Schwäche, über die wir schon im Ausschuss diskutiert haben, vermieden. In Ihrem Antrag ist nämlich unter Ziffer 4 vorgesehen, dass die Verwirklichung dieses Denkmals allein dem **Senat** und der **Bundesregierung** überlassen bleibt. Aus unserer Erfahrung mit dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas wissen wir, dass es sehr sinnvoll ist, wenn auch der Bundestag an diesem Prozess in geeigneter Weise beteiligt wird.

(Beifall bei der FDP)

Trotz allen Vertrauens, das ich Frau Dr. Weiss, dem Senat – ihm gegenüber habe ich weniger Vertrauen, aber dazu sage ich jetzt nichts –

(Heiterkeit bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

und der Bundesregierung entgegenbringe, halte ich es aus grundsätzlichen Erwägungen für wichtig, den Bundestag in geeigneter Weise zu beteiligen.

Deswegen bitte ich darum, dass – ungeachtet der Formulierung von Ziffer 4, der wir auch die Zustimmung erteilen, um keine Schwächung des Anliegens zu erzielen – von

Frau Weiss und Herrn Flierl gewährleistet wird, dass der Bundestag oder hilfsweise das Kuratorium der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas an diesem wichtigen Projekt in geeigneter Weise beteiligt wird. (C)

Summa summarum sage ich: Wir stimmen dem Antrag zu und hoffen, dass der Bau dieses Denkmals in würdiger Weise und rasch vollendet wird.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Johannes Kahrs, SPD-Fraktion.

Johannes Kahrs (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich eine Rede vorbereitet, die mir dem Anlass angemessen schien. Nachdem ich aber Ihren Beitrag, Frau Kollegin Lengsfeld, gehört habe, muss ich sagen, dass ich etwas verwundert darüber bin, wie Sie diese Debatte gestaltet haben. Man kann sagen, dass man hier den Unterschied zwischen Regierung und Opposition ganz deutlich gespürt hat.

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders den Beitrag von Frau Weiss loben.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]:
Ausgezeichnet!)

Sie hat in aller Kürze das Wesentliche gesagt. Kollege Beck hat das ergänzt. (D)

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Otto auch!)

Es hätte eine wunderbare Debatte sein können, in der wir uns hätten austauschen können und, wie ich glaube, auch im Konsens zu einem Ergebnis gekommen wären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Beitrag allerdings, Frau Kollegin, führt vom Thema weg.

(Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Darf man als Opposition nicht einmal mehr anderer Meinung sein?)

– Natürlich dürfen Sie anderer Meinung sein.

(Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Das hörte sich aber nicht so an!)

Aber diese Meinung muss man dann auch begründen können. Wenn man sich aber Ihre Begründung anhört, auf die ich jetzt eingehen werde, dann stellt man fest, dass sie in sich überhaupt nicht schlüssig ist.

Auch ich glaube – übrigens wie Sie –, dass man das Gedenken an alle Opfer des Nationalsozialismus durchaus in einem Denkmal hätte zum Ausdruck bringen können. Deswegen habe ich damals, im Gegensatz zu Ihnen, gegen die Errichtung dieses Denkmals gestimmt. Aber

Johannes Kahrs

- (A) jetzt haben wir uns anders entschieden. Die Mehrheit in diesem Hohen Hause ist – unter anderem auch durch Ihre Stimme –

(Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Das ist überhaupt nicht wahr! Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

zu einem anderen Ergebnis gekommen und hat festgestellt, dass – abgesehen von dem einen Denkmal – **weitere Denkmäler für die verschiedenen Opfergruppen** errichtet werden. Die logische Konsequenz dieses Beschlusses ist, dass wir auch über die Errichtung eines Denkmals für die verfolgten Homosexuellen diskutieren müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der damaligen Entscheidung ist sozusagen verbunden, dass jeder einzelnen Opfergruppe mit einem Denkmal gedacht werden muss. Indirekt wurde das damals durch die breite Mehrheit in diesem Hause so beschlossen.

Die Begründung, die Sie hier angeführt haben, ist am Thema vorbeigegangen. Sie war in meinen Augen eher traurig. Durch diese Ausführungen dürften diejenigen, die betroffen sind, zumindest peinlich berührt sein. In einer Debatte über ein solches Thema muss man denjenigen, die davon besonders betroffen sind, das Gefühl geben, dass ihr Anliegen bei uns gut aufgehoben ist. Bei Ihrer Rede, verehrte Frau Kollegin, konnte man diesen Eindruck leider nicht bekommen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich habe gestern hier die Rede von Wolfgang Thierse gehört. Er hat gesagt: Was wir von Generation zu Generation weitergeben, sind unvermeidlich Erinnerungen und vernünftigerweise **Verantwortung**. Das gilt auch für dieses Thema. Er hat kurz und prägnant dargestellt, worum es geht.

Ich bin von Hause aus Haushaltspolitiker und Verteidigungspolitiker, und das aus vollem Herzen. Trotzdem habe ich mich entschlossen, zu diesem Thema zu sprechen. Das liegt daran, dass ich als Schwuler betroffen bin. Ich habe mich lange mit vielen meiner Freunde unterhalten, wie man an dieses Thema herangehen könne. Ich bin der Meinung, dass man dieses Thema auf eine Art und Weise aufarbeiten muss, dass man es vermitteln kann und in der Gesellschaft Akzeptanz dafür findet.

Frau Kollegin, Sie dürfen nicht glauben, dass man sich davonstehlen könne, indem man solche kleinen Geschichten erzählt.

(Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Welche kleinen Geschichten meinen Sie?)

Sie müssen ganz klar sagen, was Sie wollen. Sie haben von kleinen Denkmälern gesprochen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Geld muss verteilt werden, hat sie gesagt!) (C)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Lengsfeld?

Johannes Kahrs (SPD):

Gerne, Frau Kollegin.

Vera Lengsfeld (CDU/CSU):

Herr Kollege, es wäre der Würde dieser Debatte angemessener, wenn wir uns gegenseitig zuhören würden und dem anderen nicht böswillig etwas unterstellen würden. Wenn Sie zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass ich nicht von irgendwelchen kleinen Denkmälern gesprochen habe.

Ich will auf das Beispiel zu sprechen kommen, das der Kollege Beck genannt hat. Man sollte solche Initiativen wie die am Nollendorferplatz hier in Berlin nicht kleinreden.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat auch keiner getan!)

Das wäre eine Beleidigung gegenüber denjenigen, die solche Gedenkstätten initiiert haben. Ich habe nicht von kleinen Denkmälern gesprochen, sondern habe in meiner Rede auf die **authentischen Stätten nationalsozialistischen Grauens** hingewiesen, die nicht in angemessener und würdiger Weise gepflegt werden können, weil nicht genügend Geld vorhanden ist. Das ist ein Unterschied. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Johannes Kahrs (SPD):

Frau Kollegin, ich vermisste Ihre Frage. Trotzdem möchte ich dies kommentieren.

Das, was Sie gesagt haben, zeigt auf, wo das Problem liegt: Die Denkmäler, um die es Ihnen geht, erfüllen auf lokaler Ebene ihren Sinn und Zweck. In Berlin wird mit ihrer Hilfe auf hervorragende Weise der Grund dargestellt, warum sie existieren.

In dieser Debatte aber haben wir über ein Mahnmal zu diskutieren, das **bundesweite Bedeutung** haben und das zum Gedenken an die jeweilige Opfergruppe seine Wirkung in die ganze Republik ausstrahlen soll. Das ist der wesentliche Punkt. Darum geht es und nicht darum, dass man einzelne Initiativen schlecht macht. Im Gegenteil: Einzelne Denkmäler sind gut und würdig. Es muss sie geben. Dass es sie in Berlin und an anderen Orten gibt, zeigt, dass vor Ort weiter gedacht wird, als wir in Ihrem Beitrag erkennen konnten.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist kein Ersatz!)

Ich glaube, dass man die kleinen Denkmäler vor Ort nicht als Ersatz nehmen darf – vielen Dank, Herr Kollege –, sondern dass man diese Debatte auch auf bundesweiter Ebene führen sollte. Das ist unsere Aufgabe, die wir auch wahrnehmen.

Johannes Kahrs

- (A) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich habe mit vielen meiner Freunde über dieses Thema diskutiert und gemerkt, dass viele Schwule der Meinung sind, dass sie nicht irgendwelche Denkmäler haben wollen. Es gibt viele, die das strittig sehen. Im Rahmen dieser Diskussionen, in denen man auch seine eigene Meinung schärft, kommt man irgendwann zu der Erkenntnis, dass solche Denkmäler die Orte sind, an denen eine Diskussion stattfinden kann und an denen man sich selber überlegen kann, welche Position man hat.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]:
So ist es!)

Wolfgang Thierse – ich habe ihn eben zitiert – hat das ganz klar gesagt. Er hat ausgeführt, dass das etwas mit **Erinnerung und Verantwortung** zu tun hat. Dieser Verantwortung müssen wir uns doch bewusst sein. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob man dreiseitige Erklärungen für ein Denkmal und darüber, wie es auszusehen hat und ob es an dieser oder jener Stelle errichtet werden soll oder nicht, braucht. Man muss diese Debatte aber führen. Wir brauchen dieses Denkmal, weil es wichtig ist, dass ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz und Feindseligkeit sowie gegen die Ausgrenzung von Schwulen gesetzt wird. Dieses Denkmal dient diesem Zweck.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (B) Man muss es ehrlich sagen: Wenn man ein solches Denkmal und das, was dazugehört, will, dann stimmt man dem Antrag, den die Koalition gestellt hat, zu. Wenn man es nicht will, dann muss man offen sagen: Nein, wir wollen es nicht.

(Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Das habe ich doch nun wirklich gemacht! – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das hat sie ja eben gesagt! Den Vorwurf bekommt sie nicht!)

Dann muss man aber auch sagen, warum man es nicht will. Ich persönlich glaube, dass diese Debatte entsprechend geführt werden muss. Man darf nicht herumeiern, sondern man muss dazu stehen. In Ihrer Fraktion gibt es ja auch einige, die das tun. Ich glaube, die Debatte heute war allein schon deshalb wichtig. Ich hoffe, dass dieses Denkmal möglichst schnell gebaut wird.

Ich möchte mich ganz herzlich bei all den Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen bedanken, die es möglich gemacht haben, dass wir so weit gekommen sind, und die uns mit motiviert haben, diese Debatte zu führen. Im Ergebnis wird dieses gemeinsame Tun zu einem Symbol führen, das dem Zweck, nämlich der Erinnerung und der heutigen Verantwortung, gerecht wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat der Kollege Günter Nooke, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stellen Sie das, was Frau Lengsfeld gesagt hat, mal richtig! – Vera Lengsfeld [CDU/CSU] zu Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] gewandt: Sie können das gern mal nachlesen! Warum hören Sie nicht zu? Das ist furchtbar!)

Günter Nooke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich fange vielleicht doch so an, wie ich es mir vorgenommen hatte. Ich möchte nicht, dass wir uns missverstehen, woran Sie von der Koalition ja offensichtlich ein großes Interesse haben.

Ich möchte noch einmal klarstellen: Es ist unbestritten, dass das Anliegen, das im Antrag formuliert wird, gerechtfertigt ist. Ich unterstütze das auch. Es ist Tatsache, dass die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus im nationalen Gedenken bislang durchaus eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben – zumal wir jetzt ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas errichten werden –, das ist sicher nicht in Ordnung und historisch offensichtlich auch nicht gerechtfertigt. Insofern sollten wir das ändern. – Das war meine Vorbemerkung.

Nun komme ich zum konkreten Antrag. Herr Beck, wir verteilen hier keine Geburtstagsgeschenke und lassen uns moralisch auch nicht einbinden. Wir diskutieren einen Antrag und das konkrete Prozedere; das ist unsere Aufgabe. In diesen Punkten sind wir halt anderer Meinung als Sie. Herr Kahrs, das fängt schon damit an, dass wir noch gar nicht wissen, wie das Denkmal aussehen wird. Ich habe mir den Entwurf des vom Berliner Senat in Auftrag gegebenen Denkmals für die Sinti und Roma angesehen und bin mir überhaupt nicht sicher, ob das, was Sie zum Schluss beschrieben haben, wirklich so überzeugend wird. Darüber werden wir uns vielleicht noch genauer unterhalten müssen.

Ich möchte jetzt aber noch ganz kurz darauf eingehen, warum wir dem Anliegen, nicht aber diesem Antrag zustimmen können. Das hat Frau Lengsfeld ja auch schon dargestellt.

Der Deutsche Bundestag hat am 25. Juni 1999 die **Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas** beschlossen. Hier wurde gesagt, dass wir zu dem Antrag nicht mehr stehen und dass wir das würdige Gedenken an die anderen Opfergruppen nicht ernst nehmen. Das will ich ganz deutlich zurückweisen. Zu den Aufgaben bei der Umsetzung dieses Beschlusses gehört, dass die gegründete Stiftung auch der anderen Opfergruppen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft gedenkt, dass also – so heißt es – das würdige Gedenken in geeigneter Weise sicherzustellen ist. Das ist bis heute nicht geschehen.

„In geeigneter Weise sicherstellen“ heißt nicht unbedingt und automatisch, dies in Form neuer Gedenkstätten zu tun. Das ist das erste Missverständnis. Es gibt zum

(C)

(D)

Günter Nooke

- (A) Beispiel eine Gruppe – die Vertreter der Euthanasieopfer –, die keinen Wert darauf legt, ein gesondertes Denkmal zu erhalten. Aber auch das wurde noch nicht abschließend diskutiert. Dass so etwas nur in Form von nationalen Denkmälern geht, ist also, glaube ich, das erste große Missverständnis der Antragsteller.

Wenn Sie diesen Beschluss wirklich ernst nähmen, wüßten Sie – Herr Kahrs kann das nicht wissen; Herr Barthel ist etwas besser informiert –, dass der Beiratvorsitzende für die anderen Opfergruppen, Professor Benz, in den Kuratoriumssitzungen bei der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ immer berichtet und dass wir, was diesen Antrag angeht, keine Beziehung zu dem haben, was im Kuratorium berichtet wird und was dort zu tun ist.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Das stimmt nicht!)

Herr Otto, auch Sie wissen das: Ich habe den Kuratoriumsvorsitzenden mehrfach darauf hingewiesen, dass Herr Thierse einmal klären muss, was diese Berichte eigentlich bedeuten.

(Zuruf des Abg. Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD])

– Herr Benz hat bisher genau das, was wir gefordert haben und was auch seine Aufgabe wäre, nämlich das würdige Gedenken aller anderen Opfergruppen sicherzustellen, nicht geleistet. Damit wäre ich bei der Gesamtkonzeption, hinter der wir uns nicht verstecken.

- (B) **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Beck möchte eine Zwischenfrage stellen.

Günter Nooke (CDU/CSU):
Bitte.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass uns – Sie sind ja, wie ich, Mitglied des Kuratoriums – im Kuratorium der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ berichtet wurde, dass der Beirat empfohlen hat, sowohl ein Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma als auch ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen zu errichten. Darüber wurde also diskutiert. In der Tat hat sich der Beirat bislang nicht zu der Frage einer **Gesamtkonzeption** geäußert. Wir haben ihm diese Gesamtkonzeption übrigens auch nicht abverlangt, sondern haben gesagt, er solle darüber beraten, in welcher Form jeweils geeignet gedacht werden sollte. Diese Debatte findet im Beirat auch statt. Könnten Sie es für möglich halten, dass die Idee einer Gesamtkonzeption angesichts dessen, dass Erinnerungsarbeit immer im Werden begriffen und nie ganz abgeschlossen ist, ähnlich abwegig ist wie die Vorstellung von einem Ende der Geschichte?

Günter Nooke (CDU/CSU):

Nein, das kann ich überhaupt nicht verstehen. Das, was Sie jetzt sagen, ist eine Unterstellung, die den prak-

tischen Gegebenheiten, wie wir Denkmäler errichten und wie wir darüber zu diskutieren haben, völlig widerspricht. Ich will Ihnen als Antwort ein Beispiel nennen. Die Staatsministerin für Kultur und Medien hat sich dazu geäußert und hat angekündigt, dass die Bundesregierung auch die Finanzierung eines Mahnmals zum Gedenken an die Sinti und Roma, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind, in unmittelbarer Nähe des Bundestages übernehmen wird. Für die Gestaltung ist immer noch der Berliner Senat zuständig; er hat bereits eine Entscheidung getroffen. Wenn Sie so wollen, ist das eine Berliner Initiative, die Sie bei dem Homosexuellendenkmal ja als unzureichend ansehen. Wir unterstützen beide Initiativen. Bei der einen Initiative – davon haben Sie gesprochen – geht es um nationales Gedenken. Bei der Initiative bezüglich der Sinti und Roma gibt es sogar schon einen Entwurf. Geht es dabei um Berliner Gedenken oder wird es durch die Finanzierung ebenfalls ein nationales Gedenken?

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Natürlich!)

Ich würde das gerne geklärt haben.

(Zuruf des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie müssen jetzt ruhig sein, jetzt rede ich.

Wenn Sie also wirklich meinen, Gesamtkonzeption sei ein Begriff, hinter dem wir uns verstecken, dann rate ich Ihnen, nur einmal die beiden Denkmalkonzeptionen zu betrachten, die jetzt in der Debatte sind. Sie werden merken: Schon bei den Trägerschaften passt das nicht zusammen und auch bei der Bedeutung passt es nicht zusammen. Ich will gar nicht von einer Hierarchisierung der Opfer reden. Mich ärgert aber zum Beispiel, wenn in der Begründung der SPD in der Beschlussempfehlung einfach gesagt wird, es koste ja nur 500 000 Euro.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Was?)

Wenn es wirklich darum geht, dass wir würdiges Gedenken sicherzustellen haben, dann ist das für mich eine Aussage, die ich so nicht gerne wiederholen würde; denn ich glaube, dass die Aussage allein, dass sich damit die Kosten in einem überschaubaren Rahmen halten – so steht es in der Beschlussempfehlung, Herr Barthel –, zu wenig ist.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Wo steht denn etwas von 500 000 Euro?)

Bei dem Denkmal, das wir für den Berliner Senat mitfinanzieren, mögen die Kosten noch überschaubarer sein, aber die Betriebskosten sind mit 300 000 Euro jährlich veranschlagt. Vielleicht ist das schon nicht mehr so ganz der überschaubare Rahmen, den wir wollen. Können wir über so etwas nicht sachlich und ohne moralische Überhöhungen reden? Können Sie nicht einfach zugeben, dass von einem würdigen Gedenken nicht die Rede sein kann, wenn man hier – Herr Otto hat das kritisiert – als Koalition einen solchen Antrag einbringt, ihn durchzieht und meint, man müsse dann die Zustimmung der anderen Fraktionen in diesem Haus bekommen?

Günter Nooke

- (A) Herr Beck, erinnern Sie sich nur an die Diskussion in Ihrer eigenen Fraktion. Erinnern Sie sich nur, wie wenig Zustimmung Sie selbst in der eigenen Fraktion für diesen Antrag hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja wohl der absolute Unsinn! Das war einstimmig!)

– Manchmal bin auch ich ganz gut informiert.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie mal Namen, Herr Nooke! – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gab nicht eine Gegenstimme!)

– Die Gegenstimmen waren nicht anwesend.

Bei der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes müssen wir uns bewusst sein, was wir als Deutscher Bundestag und als Bundesrepublik Deutschland in dieser Sache überhaupt vorhaben.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein schwaches Argument folgt dem anderen!)

Die Vorlage einzelner Anträge für einzelne Mahnmale halten wir aus diesem Grunde eben nicht für den richtigen Weg. Auch das Verfahren ist aus unserer Sicht problematisch. Ich hatte auf die unterschiedlichen Trägerschaften hingewiesen. Gleiches gilt für die **Opfergruppen**, an die noch gedacht werden muss und die noch nicht genannt worden sind. Ich möchte sie nicht alle aufzählen, aber es gibt auf jeden Fall mehr als die drei Opfergruppen, die wir in der Diskussion bisher genannt haben.

- (B)

Bevor wir anfangen zu bauen, müssen wir wissen, wie, in welcher Form und welcher Opfergruppen überhaupt gedacht werden soll. Ich glaube, das wäre für jeden, der Entwürfe für ein Denkmal erarbeiten soll, eine Herausforderung. Im Tiergarten wäre durchaus Platz für ein Denkmal, das auf mehrere Opfergruppen – zwar einzeln, aber in einer Gesamtkonzeption – auch baulich Bezug nimmt. All das bleibt ungeklärt, wenn wir nach und nach versuchen, die Forderungen der Opfergruppen abzarbeiten, deren Druck am stärksten ist. Auch wir haben mit dem Schwulen- und Lesbenverband gesprochen und den Sachstand erörtert. Wir haben deutlich gemacht, dass wir nicht die Verantwortung für eine Debatte mit der Überschrift übernehmen wollen: Welche Opfer sind euch wie viel wert? Diesen Vorwurf wollen wir hier nicht stehen lassen.

In diesem Zusammenhang ist noch ein anderer Punkt bemerkenswert, nämlich die Idee – sie ist hier schon zum Ausdruck gebracht worden –, ein Denkmal für alle homosexuellen Opfer in unserem Land zu errichten und damit auch die Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland und in der zweiten Diktatur zu berücksichtigen. Herr Beck sprach davon, wie aktuell die Probleme in anderen Ländern dieser Welt sind. Wir wissen, dass mit den schrecklichen Dingen, die Homosexuellen ange-tan worden sind, nach 1945 nicht Schluss war. Auch darüber können wir eine Debatte führen.

- (Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Das hätten Sie doch einbringen können!) (C)

– Wenn wir den Antrag gemeinsam erarbeitet hätten, Herr Barthel, hätten wir all das vielleicht einbringen können. Ich habe so viele Beispiele genannt, dass klar wird: Wenn es hier um würdiges Gedenken geht, wenn es darum geht, hier zu gemeinsamen Positionen zu kommen, dann hätten wir all das diskutieren müssen. Dieser Schnellschussantrag wird uns noch viele Probleme bereiten.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch kein Schnellschuss!)

Wir werden uns mit der baulichen Errichtung dieses Denkmals und anderer Denkmale noch öfter befassen müssen. Verstehen Sie also bitte: Wir teilen das Anliegen, aber wir lehnen den Antrag ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Ein Geeiere! – Dr. Uwe Küster [SPD]: Herr Nooke macht den Eiermann!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 15/2101 zu dem Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/1320 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen. (D)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 19 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Rainer Funke, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Schutz vor illegalen und jugendgefährdenden Internetinhalten – filtern statt sperren

– Drucksache 15/1009 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für diese Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion der FDP fünf Minuten erhalten soll. – Dazu höre ich keinen Widerspruch, sodass wir das Zeitkontingent damit beschlossen haben. Wir werden es vermutlich nicht ganz benötigen, weil einige der vorgesehenen Reden zu Protokoll gegeben worden sind.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Hans-Joachim Otto für die FDP-Fraktion das Wort.